

Der Euro ist nicht gerettet

Die zentrale Schwäche bleibt: Das exzessive Haushaltsdefizit in vielen Staaten der Europäischen Union

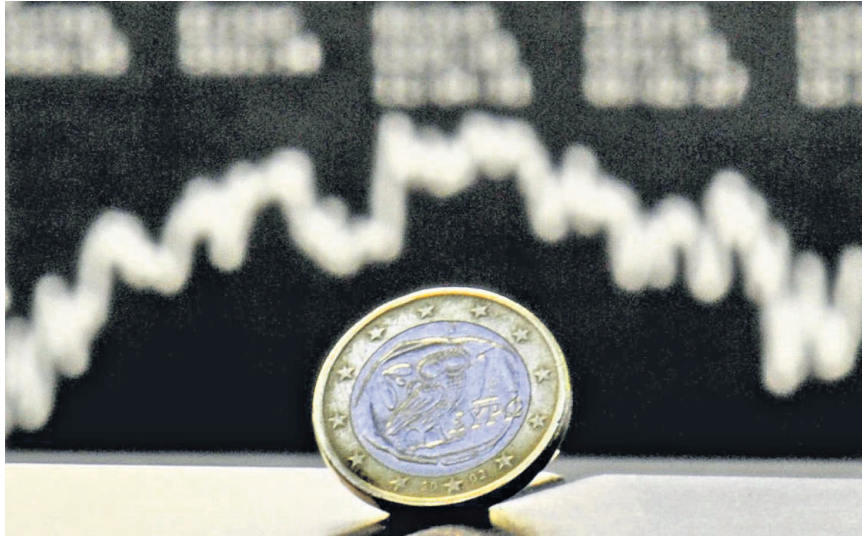
VON FRIEDRICH GRAF VON WESTPHALEN

Wohl keiner kann mit hinreichender Sicherheit sagen, dass der Euro nach der spektakulären Rettungsaktion der EU-Finanzminister und des Internationalen Währungsfonds über sage und schreibe 750 Milliarden Euro künftig von Spekulationen verschont und vor allem auch eine sicherere Währung sein wird. Gewiss, die Märkte haben zunächst mit Euphorie auf die Brüsseler Beschlüsse reagiert, aber mittlerweile zeichnet sich Skepsis ab, ob denn wirklich nicht nur eine Schlacht, sondern, wie es der französische Präsident Sarkozy formulierte, auch tatsächlich ein Krieg gewonnen worden ist. Denn die zentrale Schwäche, welche die Stabilität des Euro in erster Linie belastet hat, bleibt: Das in zu vielen Staaten der Europäischen Union exzessive Haushaltsdefizit.

Das Misstrauen der Banken belegt die Dramatik

Nichts belegt die immer noch vorhandene Dramatik in dieser Entwicklung so eindeutig wie der Befund, dass sich die Banken auch jetzt nicht mehr so recht trauen. Zwar ist das jetzt entstandene Misstrauen der Banken – erkennbar im „Parken“ überflüssiger Liquidität bei der Europäischen Zentralbank (EZB) – nicht mit dem vergleichbar, das die Märkte nach der Lehman-Pleite erlebt haben, als die Banken einander praktisch überhaupt kein kurzfristiges Geld mehr ausliehen. Damals war es allerdings „nur“ die Ungewissheit, in welchem Umfang denn die Bonität der Liquidität nachfragenden Bank durch toxische Papiere belastet war. Dem diese hatten – praktisch über Nacht – keinen Wert mehr; der Markt der Derivate war zusammengebrochen und die Banken sahen sich gezwungen, hohe Abschreibungen vorzunehmen, weil die Bilanzregeln eine Bewertung dieser Papiere auf Basis ihres aktuellen Marktwertes vorschrieben („fair value“).

Doch wenn jetzt wieder im Interbankenverkehr ein nicht unerhebliches gegenseitiges Misstrauen konstatiert wird, welches die kurzfristige Kreditvergabe behindert, dann bezieht es sich – und dies gilt es im Auge zu behalten – auf die Bonität von Staatsanleihen. Das ist eine ganz und gar andere Qualität als Verbriefungen, denen im wesentlichen schlechte Hypothekenforderungen des amerikanischen Häusermarktes zugrunde lagen („subprime“). Denn Staatsanleihen galten bislang als unbedenklich, als sicher,



Auch nach der spektakulären Rettungsaktion der europäischen Finanzminister ist die Zukunft des Euro keineswegs gewiss. Foto: dpa

weil eine Staatspleite nicht in die Zukunftsplanung einbezogen worden war. Doch die Noten der Rating-Agenturen bewerten nicht alle Volkswirtschaften in der Euro-Zone – jedenfalls in den letzten Monaten – gleich gut, seitdem die Nachricht, das Gerücht, die Spekulation sich breitmachen, dass neben Griechenland auch noch Portugal, Spanien und Italien, vielleicht auch noch Irland zu den Wackelkandidaten zählen.

Man muss es daher mit schonungsloser Deutlichkeit sagen: Am Beginn dieser dramatischen Entwicklung steht das Schuldmachen, das unverantwortliche Schuldmachen zahlreicher Staaten im Euro-Raum. Wenn aber Staatsanleihen gegeben werden, dann sind in erster Linie die institutionellen Investoren, nicht die Privaten als Gläubiger gefragt. Um sie dazu zu bewegen, sich mit oft sehr hohen Beträgen zu engagieren, bedarf es des unverzichtbaren Gutes, das man Vertrauen nennt. Denn gerade wenn solche Staatsanleihen nicht nur Kurzaufzehr sind, sondern über einen Zeitraum von fünf oder – häufig sogar – zehn Jahren emittiert

werden, dann muss ein solches Vertrauen schon einen sehr langen Zeithorizont umfassen.

Dann geht es nicht nur um realistische Sparprogramme einer Regierung, sondern dann zählt vor allem auch, ob die Wirtschaft wegen des hohen Schuldenberges nicht in die Knie gezwungen wird. Rezession nennt man das Ergebnis dann, vielleicht auch Depression, weil die Konjunktur unter der Last der Zinsen und der Tilgungspflichten schlicht kollabiert.

Wirtschaftliche Hiobbotschaften

Unter diesem Gesichtspunkt sind alle politischen Demonstrationen, wie wir sie in Griechenland, aber auch andernorts erleben, wirtschaftliche Hiobbotschaften. Denn sie geben zu erkennen, dass der Bürger sich schlicht verweigert, jedenfalls nicht aus besserer Einsicht die Ärmel hochkremplel und die Wirtschaft wieder ins Laufen bringen will. Und genau diese Sorge ist es, die die Märkte im Blick auf Griechenland,

Portugal und Spanien weiter umtreibt: Neben dem politischen Willen zum eisernen Sparen muss eben auch die Bereitschaft des Bürgers treten, den Gürtel enger zu schnallen und sich rückhaltlos in die Riemen zu legen.

Hinzu tritt zu alledem eine weitere Sorge: Die Europäische Zentralbank (EZB) hat sich bereit erklärt, auch dann Staatsanleihen zu kaufen, wenn der Markt hierfür praktisch ausgetrocknet ist. Ramschpapiere nennt man dies gemeinhin. Und die Bereitschaft der EZB, selbst diese Papiere aus dem Markt zu nehmen, bedeutet in der Sache nichts anderes als Geld zu drucken. Indessen war die Geldpolitik und damit auch die Stabilitätspolitik der Notenbank bislang das beherrschende Ziel der EZB. Jetzt aber gilt, dass sie auch das strukturelle Defizit von Staatshaushalten sanieren soll. Fiskalpolitik und Geldpolitik aber funktionieren nur dann, wenn beide Politikfelder ganz und gar unabhängig voneinander gesteuert und verwaltet werden. Damit hat jetzt – daran besteht kein Zweifel – die EZB dem politischen Druck aus Brüssel nachgegeben; und

sie hat damit viel von dem Vertrauen eingebüßt, welches sie in den letzten Jahren mühsam als unabhängige und auch unbestechliche Hüterin der Währung aufgebaut hatte.

Diese beiden Ursachen für die gegenwärtige, noch lange nicht überwundene Krise – hohe Staatsverschuldung und fehlende Stabilisierungsfunktion der EZB – werden, wie trotz der Milliarden-Hilfe zu erwarten steht, die Zocker nicht allzu lange im Zaum halten. Vielmehr ist zu erwarten, dass sie immer wieder Attacken reiten werden, mal hier, mal dort; der Preis für die nicht zu kontrollierenden, weil nicht börslich gehandelten Kreditausfallversicherungen (CDS) wird die Richtung weisen. Da könnte es sich als heilsame Gegenwehr erweisen, wenn die Europäer weiter über die Möglichkeiten einer geordneten Umschuldung nachdenken, weil dann auch die Gläubiger der Staatsanleihen Federn lassen müssten. Denn sie müssen dann auf einen bestimmten Betrag ihrer Forderungen gegenüber dem betreffenden Staat verzichten. Das freut die Zocker nicht.

Sanktionen gegen die Zocker müssen her

Die SPD erwägt mit beachtlichen Gründen eine Bankenabgabe als Variante dieser Alternativen im Rahmen des anstehenden Bürgerschaftsgesetzes, welches Berlin mehr als 120 Milliarden Euro als Rahmen, nicht als abfließende Liquidität belastet. Denn es kann und darf nicht sein, dass sich jetzt ungekürzt das wiederholt, was man in der Branche „moral hazard“ nennt. Gemeint ist damit, dass alle aus einer Krise resultierenden Nachteile von einem Dritten, nicht aber von den Akteuren selbst übernommen werden. Dies zuzulassen ist in hohem Maße ungerecht. Akteure in diesem Spiel sind auf der einen Seite die Staaten, die jetzt – wie zu hoffen steht – zu eiserner Haushaltsdisziplin notfalls von Brüssel geprügelt werden. Auf der anderen Seite sind es jedoch auch alle die, welche sich an der Zockerei gegen die Bonität eines Staates beteiligen und auf seine Insolvenz spekulieren. Dazu zählt stets auch die Deutsche Bank; angeführt aber wird dieser Reigen stets von amerikanischen Banken, allen voran von Goldman Sachs.

Gleichgültig, ob Bankenabgabe oder Transaktionssteuer – eine Sanktion im Rahmen des Bürgerschaftsgesetzes muss her, damit der, der sich die Taschen gefüllt hat, nicht alles behalten darf, wenn und weil der Staat – und damit der Bürger – als Retter in der Not einspringt.

Die Zehn Gebote für Finanzmärkte

Im Rahmen des „Finance and Ethics Kongress“ beteiligt sich die Kirche am Diskurs zur Regelung der Finanzmärkte

VON ANDREAS THONHAUSER

Gebaute Ethik. So bezeichnete Alois Schwarz, Bischof der Diözese Gurk-Klagenfurt, das knapp 1000 Jahre alte Stift St. Georgen am Längsee, das am 3. und 4. Mai den sogenannten „Finance and Ethics“-Kongress beherbergte. Zum achten Mal fand die Veranstaltung mit dem diesjährigen Thema „Wirtschaften mit Hilfe neuer Regelsysteme“ in Kärnten statt. Als Schirmherr fördert Bischof Schwarz diesen Kongress: „Die Kirche ist auch wichtiger Unternehmer, nicht zuletzt für diese Region. Als solcher wollen wir ethikbewusstes Handeln fördern.“ Ein brandaktuelles Thema in Zeiten volatiler Märkte, in denen selbst große Währungen wie der Euro scheitern können und Spekulationen an den Finanzmärkten langfristig negativ auf die Gesellschaften der betroffenen Länder wirken.

Dass gerade die katholische Kirche im Rahmen ihrer Soziallehre viel zur Neuordnung der Finanzmärkte und zu „nachhaltiger“ Wirtschaftspolitik beitragen kann, davon ist Bischof Schwarz überzeugt. Er vermittelte die Grundprinzipien eines freien, aber auf Regeln und Werten basierenden Marktes vor den knapp 200 Teilnehmern des Kongresses: Banker, Finanzdienstleister, Wirtschaftsakademiker und Geistliche. Die weiteren Vortragenden bemühten sich, die inflationär geführten Begriffe Nachhaltigkeit und Ethik mit Inhalt zu füllen. Die Undurchsichtigkeit des Finanzmarktes wurde ebenso thematisiert wie Gier und Maßlosigkeit als Grundübel und problematische Geisteshaltung eines aus den Fugen geratenen globalisierten Wirtschaftssystems. Es sei notwendig, „eine Finanzwirtschaft, die zum Selbstzweck wird, in ihre Schranken zu wei-

sen“, betonte der Bischof. Sie löse sich von ihren eigenen Wurzeln und dem eigentlichen Grund ihres Bestehens, ihrer ursprünglichen Aufgabe: der realen Wirtschaft und damit der Entwicklung der menschlichen Gesellschaft zu dienen.

Um die Stabilität des Systems zu sichern, müssten institutionelle Lösungen gefunden werden, die deren Leistungsfähigkeit und Effizienz sichern, aber nicht einschränken. Bischof Schwarz verwies auf Papst Benedikt XVI., der mit Blick auf die gegenwärtige weltweite Wirtschaftskrise auf die Notwendigkeit neuer Regeln hinweist. Vor allem die Zehn Gebote seien eine wichtige Quelle für die Findung und Praxis neuer Regulative und Unterscheidungs- und Bewertungskriterien. Jörg Finsinger, Leiter des Institutes für Finanzdienstleistungen an der Wirtschaftsuniversität Wien, erklärte, wie unvorhersehbar die Entwicklung von Investitionen an Finanzmärkten sind. Da alle Bewertungen von Aktien und Fonds auf historischem Datenmaterial beruhen, seien alle Entwicklungsprognosen ihrer Kurse nicht mehr als Wetten. Vor diesem Hintergrund präsentierte er eine neue Kennzahl für Anlageprodukte, die neben der Kursentwicklung auch über das zu erwartende Risiko und vor allem den Grad ethischer Werte in der Veranlagung Auskunft gibt. Die „ethische“ Kennzahl namens FER 3D bietet der Kärntner Finanzsoftware-Unternehmer und „Finance & Ethics“ Mitbegründer Richard Lernbass für Banken und Investoren an.

„Die Anleger müssen wissen, in welche Firmen sie investieren und was mit ihrem Geld passiert“, erläuterte Lernbass. Er plädierte für eine Anlagepolitik, in der Unternehmen, die etwa Kinder ausbeuten oder die Natur sinnlos zerstören, von Investoren

gemieden werden: ein starker Hebel, um Firmen zu ethisch gutem Verhalten zu animieren. An diesen Gedanken knüpfte Bischof Schwarz an. Im Rahmen der sogenannten „Finance and Ethics“-Academy soll ab nächstem Jahr auch ein Masterprogramm für kirchliche Vermögensverwalter und Investmentbanker angeboten werden, das mit dem renommierten Titel „MBA“ abschließt. „Wir möchten Vermögensverwalter ausbilden, die Experten in ethischer Veranlagung sind“, erklärte der Bischof. Neben anderen sind auch Goldman Sachs, der Welt größte Investmentbank, und die Redemptoristen-Universität „Alfonisiana“ in Rom Partner des Studienprogramms. Deren Dekan Martin McKeever sowie der Moraltheologe Bruno Hidber waren bei der Präsentation anwesend und bezeichneten die Bereiche Freiheit, Verantwortung und Gerechtigkeit bezogen auf die Wirtschaft als zentrale Punkte des Ausbildungsprogramms. „Es soll gezeigt werden, dass Wirtschaft frei und doch gerecht sein kann“, so Hidber, der letzte Dissertant des damaligen Professors Josef Ratzinger.

Johannes Krall, Mitinitiator des MBA-Programms, meinte: „Mitarbeiter im Finanzbereich von Bistümern, Ordensgemeinschaften und anderen kirchlichen Trägern benötigen oft eine fundierte Zusatzausbildung im Bereich Vermögensverwaltung, da sich die Anforderungen in den letzten Jahren gravierend verändert haben.“ Eine weitere Zielgruppe sind Mitarbeiter aus Banken, Versicherungen und Vermögensverwaltern. Marketing rücke in den Hintergrund, die inhaltliche Diskussion bezüglich der Titel eines Portfolios in den Vordergrund. Investoren möchten mit ihrem Geld etwas bewirken, so der Banker. Krall nimmt Gläubi-

ge als Anleger in die Verantwortung: „Christen müssen sich in die inhaltliche Diskussion einbringen und Unternehmen aus ihrem Investitionsfokus nehmen, die Menschen und Umwelt beeinträchtigen oder zerstören.“ Das rentiere sich sogar. Langfristig sei zu beobachten, dass sich ethisch einwandfreie Unternehmen besser entwickeln als solche, die ohne „Werte“ orientierungslos im Blindflug unterwegs sind. Eine Einschätzung, die jüngst von der britischen Wirtschaftszeitschrift „The Economist“ bestätigt wurde. Grundsätzlich, so Krall, hätte

die Kirche die Aufgabe, den Menschen Orientierung zu geben, im Leben als auch im Umgang mit Ressourcen.

Der neue MBA-Lehrgang „Banking & Finance“ mit den beiden Ausprägungen „Clerical Finance and Financial Planning“ soll Anfang 2011 starten und wird größtenteils in St. Georgen am Längsee abgehalten. Studienbesuche in Rom und Deutschland sind ebenfalls geplant. Schwerpunkte sind Vermögensverwaltung, Risikomanagement, Steuern und Recht und Vermögensnachfolge.

Zum Priestertum

Texte von Pater Josef Kentenich zum Priestertum – nicht nur für Priester.



12,80 €
ISBN 978-3-935396-21-9

Für Jugendliche

Freundschaft und Sexualität – Zufall oder Entscheidung?



7,95 €
ISBN 978-3-935396-22-6

SCHÖNSTATT-VERLAG Hilscheider Str. 1 56179 Vallendar

www.schoenstatt-verlag.de und überall im Buchhandel!